



Justizministerialblatt für das Land Brandenburg

Herausgegeben vom Ministerium der Justiz
Nr. 2 – 34. Jahrgang – Potsdam, 15. Februar 2024

Inhalt	Seite
Allgemeine Verfügungen und Rundverfügungen	
Aktenordnung für die Gerichte der Arbeitsgerichtsbarkeit des Landes Brandenburg (AktO-ArbG) Allgemeine Verfügung der Ministerin der Justiz vom 16. Januar 2024 (1454-I.85)	10
Bekanntmachungen	
Ungültigkeitserklärung von Dienstaussweisen Bekanntmachung des Ministeriums der Justiz vom 26. Januar 2024	10
Personalnachrichten	10
Ausschreibungen	11

Allgemeine Verfügungen und Rundverfügungen

Aktenordnung für die Gerichte der Arbeitsgerichtsbarkeit des Landes Brandenburg (AktO-ArbG)

Allgemeine Verfügung der Ministerin der Justiz
vom 16. Januar 2024
(1454-I.85)

I.

Die Aktenordnung für die Gerichte der Arbeitsgerichtsbarkeit des Landes Brandenburg wird nach Abstimmung zwischen den zuständigen Landesverwaltungen geändert und mit Stand vom 1. Januar 2024 neu herausgegeben.

Die Aktenordnung wird den Arbeitsgerichten als PDF-Datei zur Verfügung gestellt, die in die Datenverarbeitungssysteme der Geschäftsstellen und Serviceeinheiten aufzunehmen ist.

II.

Die Aktenordnung für die Gerichte der Arbeitsgerichtsbarkeit tritt in der neuen Fassung mit Wirkung vom 1. Januar 2024 in Kraft. Gleichzeitig tritt die mit Allgemeiner Verfügung vom 11. Januar 2018 (JMBl. S. 10) in Kraft gesetzte Aktenordnung für die Gerichte der Arbeitsgerichtsbarkeit des Landes Brandenburg (Stand: 1. Januar 2018) außer Kraft.

Potsdam, den 16. Januar 2024

Die Ministerin der Justiz

Susanne Hoffmann

Bekanntmachungen

Ungültigkeitserklärung von Dienstaussweisen

Bekanntmachung des Ministeriums der Justiz
vom 26. Januar 2024

Folgender abhanden gekommener Dienstaussweis wird hiermit für ungültig erklärt:

Richter **Dr. Mani Jaleesi**, Dienstaussweis-Nr. **201 366**, ausgestellt am 9. Februar 2023, gültig bis 31. Oktober 2024.

Ich bitte alle Justizbehörden, insbesondere die Justizvollzugsanstalten, Vorkehrungen zu treffen, um eine missbräuchliche Benutzung des Ausweises zu verhindern. Feststellungen über den Verbleib des Ausweises sind umgehend dem Ministerium der Justiz mitzuteilen.

Personalnachrichten

Ordentliche Gerichtsbarkeit

Ernannt:

zur **Richterin am Landgericht**/zum **Richter am Landgericht**: Richterin Angelika Lindner in Potsdam, Richterin Nora Osterland in Frankfurt (Oder), Jan-Erik Leppich in Neuruppin, Richterin Kathleen Labitzke in Frankfurt (Oder); zur **Richterin am Amtsgericht**: Richterin Annika Buchholz in Königs Wusterhausen, Richterin Juliane Fitzke in Oranienburg, Richterin Tara Brose-Teschner in Potsdam, Richterin Hanna Pamer in Potsdam; zur **Justizinspektorin**/zum **Justizinspektor**: Rechtspflegeranwärter Nico Dochan in Zossen, Rechtspflegeranwärterin Anne Ekrowski in Prenzlau, Rechtspflegeranwärterin Hannah Marie Gebauer in Bernau bei Berlin, Rechtspflegeranwärterin Pauline Hildebrandt in Luckenwalde, Rechtspflegeranwärterin Darlyn Marie Hagen in Brandenburg an der Havel, Rechtspflegeranwärterin Madeline Nixdorf

in Frankfurt (Oder), Rechtspflegeranwärterin Leona Rother in Luckenwalde, Rechtspflegeranwärterin Marie-Therese Wernicke in Schwedt/Oder, Rechtspflegeranwärterin Jasmin Tögel in Brandenburg an der Havel, Rechtspflegeranwärterin Laura Luise Schreiner in Brandenburg an der Havel, Rechtspflegeranwärter Martin Zehrt in Eberswalde

Versetzt:

Justizinspektorin Jamie-Lee Primon von Frankfurt (Oder) nach Königs Wusterhausen; Justizamtfrau Michaela Tebus – Diensterhebungsübergreifende Versetzung vom Amtsgericht Tiergarten an das Amtsgericht Königs Wusterhausen

Ruhestand:

Richter am Amtsgericht Matthias Böhme aus Königs Wusterhausen; Justizamtsrätin Kathrin Kluge aus Eberswalde; Justizhauptwachtmeister Ingo Schmidt aus Potsdam

Staatsanwaltschaften

Ernannt:

zur **Staatsanwältin/zum Staatsanwalt**: Staatsanwältin (Richterin auf Probe) Dorothea Jeridi in Neuruppin, Staatsanwältin (Richterin auf Probe) Isabelle Fabian in Potsdam, Staatsanwalt (Richter auf Probe) Christoph Heßling in Neuruppin; zur **Staatsanwältin (Richterin auf Probe)**: Assessorin Cathelin Thümmel in Frankfurt (Oder), Assessorin Lisa Nögel in Neuruppin, Assessorin Shalyna Brillert in Neuruppin; zum **Justizoberinspektor**: Justizinspektor Stefan Thiel in Frankfurt (Oder); zur **Ersten Justizhauptwachmeisterin**: Justizhauptwachmeisterin Claudia Scholz in Neuruppin

Ruhestand:

Staatsanwältin Martina Erdstein aus Neuruppin; Staatsanwältin Karin Stelly aus Neuruppin

Verwaltungsgerichtsbarkeit

Versetzt:

Richter am Verwaltungsgericht Dr. Mischa Hecker in den Geschäftsbereich der Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz des Landes Berlin

Arbeitsgerichtsbarkeit

Ernannt:

zur **Justizinspektorin/zum Justizinspektor**: Lisa Paschetag in Berlin, Carsten Flint in Berlin

Ausschreibungen

Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz des Landes Berlin und Ministerium der Justiz des Landes Brandenburg

I.

Es wird – vorbehaltlich der haushaltsrechtlichen Voraussetzungen – Bewerbungen für die folgende Stelle entgegengeschen:

- bei dem Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg
eine Stelle für eine **Vorsitzende Richterin** oder einen **Vorsitzenden Richter** am Oberverwaltungsgericht (Besoldungsgruppe R 3 BesOBl).

Wegen der an die Bewerberinnen und Bewerber zu stellenden Anforderungen wird auf die „Allgemeine Verfügung der Ministerin der Justiz vom 26. November 2007 (AnforderungsAV)“, veröffentlicht im Justizministerialblatt vom 17. Dezember 2007, S. 180 ff., sowie auf die „Gemeinsame Allgemeine Verfügung über die Anforderungen für die Eingangs- und Beförderungsämter im richterlichen und staatsanwaltschaftlichen Dienst (AnforderungsAV)“ der Senatorin für Justiz und der Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales vom 5. Dezember 2007, veröffentlicht im Amtsblatt für Berlin vom 14. Dezember 2007, S. 3204 ff., Bezug genommen.

Die Ausschreibung richtet sich ausschließlich an Beförderungsbewerberinnen und -bewerber.

Die Bewerberinnen und Bewerber sollen aktiv auf die Gleichstellung von Frauen und Männern und die Inklusion schwerbehinderter Menschen hinwirken sowie der Diversität der Beschäftigten wertschätzend begegnen.

Eine Teilzeitbeschäftigung ist gemäß §§ 4, 5 RiGBln möglich.

Da in diesem Bereich Frauen unterrepräsentiert sind, sind sie besonders aufgefordert sich zu bewerben (§ 5 Abs. 5 S. 2 LGG Berlin).

Schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber und ihnen Gleichgestellte werden bei gleicher Eignung, Befähigung und Leistung bevorzugt berücksichtigt.

Bewerbungen sind bis zum **15. März 2024** unter Benennung einer für die Dauer des Auswahlverfahrens aktuellen zustellfähigen Anschrift unter Angabe der Kennziffer: I A 13 – 2012/12/1(8) auf dem Dienstweg über den Präsidenten des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg an die Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz, Salzburger Straße 21-25, 10825 Berlin zu richten. Ansprechperson ist Frau Tober, Tel.: 030/9013-3231.

Die Bewerberinnen und Bewerber sollen ihrer Bewerbung die Erklärung beifügen, dass sie mit einer Einsichtnahme in ihre Personalakten durch die Mitglieder des Präsidialrates und des Richterwahlausschusses einverstanden sind.

Es wird darauf hingewiesen, dass für die Bewerberinnen und Bewerber eine Mitteilung des Bundesarchivs – Stasi-Unterlagen-Archiv – zur Feststellung einer hauptamtlichen oder inoffiziellen Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst eingeholt wird.

Hinweis:

Gemäß § 10 Absatz 1 PartMigG Berlin sind Bewerbungen von Personen mit Migrationsgeschichte ausdrücklich erwünscht.

Wir fördern aktiv die Gleichstellung aller Mitarbeitenden und wertschätzen Vielfalt. Willkommen sind daher alle Bewerbungen – unabhängig von Geschlecht, ethnischer und sozialer Herkunft, Religion/Weltanschauung, Behinderung, Alter sowie sexueller Orientierung und geschlechtlicher Identität. Wir streben die Erhöhung des Anteils der Beschäftigten mit Migrationsgeschichte entsprechend ihrem Anteil an der Bevölkerung an. Personen mit familiärer Migrations- und Fluchtgeschichte werden insoweit ermutigt, sich zu bewerben.

II.

Es wird – vorbehaltlich der haushaltsrechtlichen Voraussetzungen – Bewerbungen für die folgenden Stellen entgegengesehen:

- bei dem Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg

mehrere Stellen für eine **Richterin** oder einen **Richter** am Oberverwaltungsgericht
(Besoldungsgruppe R 2 BesOBl).

Wegen der an die Bewerberinnen und Bewerber zu stellenden Anforderungen wird auf die „Allgemeine Verfügung der Ministerin der Justiz vom 26. November 2007 (Anforderungs-AV)“, veröffentlicht im Justizministerialblatt vom 17. Dezember 2007, S. 180 ff., sowie auf die „Gemeinsame Allgemeine Verfügung über die Anforderungen für die Eingangs- und Beförderungsamter im richterlichen und staatsanwaltschaftlichen Dienst (AnforderungsAV)“ der Senatorin für Justiz und der Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales vom 5. Dezember 2007, veröffentlicht im Amtsblatt für Berlin vom 14. Dezember 2007, S. 3204 ff., Bezug genommen.

Die Ausschreibung richtet sich ausschließlich an Beförderungsbewerberinnen und -bewerber.

Die Bewerberinnen und Bewerber sollen aktiv auf die Gleichstellung von Frauen und Männern und die Inklusion schwerbehinderter Menschen hinwirken sowie der Diversität der Beschäftigten wertschätzend begegnen.

Eine Teilzeitbeschäftigung ist gemäß §§ 4, 5 RiGBln möglich.

Da in diesem Bereich Frauen unterrepräsentiert sind, sind sie besonders aufgefordert sich zu bewerben (§ 5 Abs. 5 S. 2 LGG Berlin).

Schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber und ihnen Gleichgestellte werden bei gleicher Eignung, Befähigung und Leistung bevorzugt berücksichtigt.

Bewerbungen sind bis zum **15. März 2024** unter Benennung einer für die Dauer des Auswahlverfahrens aktuellen zustellfähigen Anschrift unter Angabe der Kennziffer: I A 13 – 2012/13/1(10) auf dem Dienstweg über den Präsidenten des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg an die Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz, Salzburger Straße 21-25, 10825 Berlin zu richten. Ansprechperson ist Frau Tober, Tel.: 030/9013-3231.

Die Bewerberinnen und Bewerber sollen ihrer Bewerbung die Erklärung beifügen, dass sie mit einer Einsichtnahme in ihre Personalakten durch die Mitglieder des Präsidialrates und des Richterwahlausschusses einverstanden sind.

Es wird darauf hingewiesen, dass für die Bewerberinnen und Bewerber eine Mitteilung des Bundesarchivs – Stasi-Unterlagen-Archiv – zur Feststellung einer hauptamtlichen oder inoffiziellen Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst eingeholt wird.

Hinweis:

Gemäß § 10 Absatz 1 PartMigG Berlin sind Bewerbungen von Personen mit Migrationsgeschichte ausdrücklich erwünscht.

Wir fördern aktiv die Gleichstellung aller Mitarbeitenden und wertschätzen Vielfalt. Willkommen sind daher alle Bewerbungen – unabhängig von Geschlecht, ethnischer und sozialer Herkunft, Religion/Weltanschauung, Behinderung, Alter sowie sexueller Orientierung und geschlechtlicher Identität. Wir streben die Erhöhung des Anteils der Beschäftigten mit Migrationsgeschichte entsprechend ihrem Anteil an der Bevölkerung an. Personen mit familiärer Migrations- und Fluchtgeschichte werden insoweit ermutigt, sich zu bewerben.

Ministerium der Justiz

I.

Landesinterne Stellenausschreibung

Im Ministerium der Justiz des Landes Brandenburg ist vorbehaltlich des Vorliegens der haushaltsrechtlichen Voraussetzungen zum 1. September 2024 die Stelle

der Leiterin/des Leiters der Abteilung III – Strafrecht, Justizvollzug und Soziale Dienste –

zu besetzen.

Dienstort: Potsdam

Besoldung/Vergütung:

Der Dienstposten ist bei Erfüllung der persönlichen Voraussetzungen mit Besoldungsgruppe B 5 BbgBesO dotiert. Beschäftigten kann eine außertarifliche Vergütung in Höhe der Besoldung der BesGr. B 5 BbgBesO (AT 5) gewährt werden.

Gemäß § 120 Landesbeamtengesetz Brandenburg wird das Amt zunächst im Beamtenverhältnis auf Probe übertragen. Die Probezeit beträgt zwei Jahre. Diese Regelung findet für Beschäftigte sinngemäß Anwendung, ggf. wird von den Regelungsmöglichkeiten der §§ 31, 32 TV-L (Führung auf Probe, Führung auf Zeit) Gebrauch gemacht.

Aufgabengebiet:

Leitung der aus sechs Referaten bestehenden Abteilung mit den folgenden Aufgabenfeldern:

- Straf- und Strafprozessrecht, strafrechtliche Rehabilitierung, Gnadensachen,
- Fachaufsicht über die Staatsanwaltschaften, strafrechtliche Rechtshilfe und Europaangelegenheiten, Rechtsextremismus und politische Strafsachen sowie

den Justizvollzug und die Sozialen Dienste betreffend:

- Personal, Organisation und Haushalt, Kriminologischer Dienst,
- Sicherheit und Gesundheitswesen,
- Rechtssachen,
- Vollzugsgestaltung, Übergangsmanagement, Soziale Dienste,
- Medizinische Versorgung, Seelsorge, Transport.

Anforderungen:**Formale Anforderungen**

unabdingbar:

- Befähigung für die Laufbahn des höheren allgemeinen Verwaltungsdienstes durch den Abschluss des Zweiten juristischen Staatsexamens.

Fachliche Anforderungen

unabdingbar:

- durch mehrjährige Tätigkeit in verantwortungsvoller Position nachgewiesene Führungskompetenz,
- Kenntnisse der Arbeitsabläufe in einer Ministerialverwaltung, die durch eine Tätigkeit in einer obersten Landesbehörde belegt sind,
- vertiefte, durch mehrjährige leitende Tätigkeit in entsprechenden Bereichen dokumentierte Kenntnisse des Strafverfahrens- und/oder Strafvollzugsrechts sowie im Bereich der Fachaufsicht.

Außerfachliche Anforderungen

besonders wichtig:

- hohes Maß an Sozialkompetenz.

Gesucht wird eine durch ihre Aufgabenidentifikation und nachgewiesene Führungserfahrung Beispiel gebende Persönlichkeit mit ausgeprägter Fähigkeit zu strukturiertem und strategischem Denken und Arbeiten, einem hohen Verständnis für politische Zusammenhänge und einem besonders hohen Maß an Durchsetzungs-, Organisations- und Präsentationsvermögen sowie Personalführungskompetenz. Vorausgesetzt werden insbesondere ein kooperativer Führungsstil und die Fähigkeit, Arbeitsabläufe rationell und zielgerichtet zu planen und zu koordinieren. Besonders ausgeprägte Kooperations-, Kommunikations- und Motivationsfähigkeiten sind unerlässlich. Eine weit überdurchschnittliche Leistungsbereitschaft und Belastbarkeit, Innovationsbereitschaft sowie ein besonderes Verhandlungsgeschick werden erwartet.

Hinweise:

Bei Erfüllung der stellenwirtschaftlichen sowie der persönlichen und beamtenrechtlichen Voraussetzungen besteht nach erfolgreicher Erprobung die Möglichkeit der Übernahme in das Beamtenverhältnis.

Bei gleicher Qualifikation werden Bewerbungen von schwerbehinderten Menschen bevorzugt berücksichtigt. Es wird die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch flexible Arbeitszeiten im Rahmen der dienstlichen Möglichkeiten unterstützt.

Die Ausschreibung richtet sich ausschließlich an Beförderungsbewerberinnen und -bewerber, die bereits unbefristet in der Landesverwaltung Brandenburg tätig sind.

Bewerberinnen und Bewerber werden gebeten, ihrer Bewerbung die Erklärung beizufügen, dass sie mit der Einsichtnahme in ihre Personalakte einverstanden sind.

Es wird darauf hingewiesen, dass für die Bewerberinnen und Bewerber eine Mitteilung des Bundesarchivs – Stasi-Unter-

lagen-Archiv – zur Feststellung einer hauptamtlichen oder inoffiziellen Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik eingeholt wird.

Der Schutz Ihrer Daten ist uns wichtig. Nähere Informationen zum Umgang mit personenbezogenen Daten im Ministerium der Justiz des Landes Brandenburg können Sie der Datenschutzerklärung auf <https://mdj.brandenburg.de/mdj/de/daten-schutz/> entnehmen.

Ihre aussagekräftige Bewerbung senden Sie bitte bis zum

15. März 2024

an das:
Ministerium der Justiz
des Landes Brandenburg
Referat I.1; Kennwort: AL III
Heinrich-Mann-Allee 107
14473 Potsdam.

II.

Im Justizministerialblatt für das Land Brandenburg vom 15. Dezember 2023 ist folgende Stellenausschreibung erfolgt:

„Es wird Bewerbungen für die folgenden Stellen entgegen-
gesehen:

- bei dem Landgericht Neuruppin
eine Stelle für eine **Vorsitzende Richterin** oder einen **Vorsitzenden Richter** am Landgericht
(Besoldungsgruppe R 2 BbgBesO)
- bei dem Landgericht Potsdam
eine Stelle für eine **Vorsitzende Richterin** oder einen **Vorsitzenden Richter** am Landgericht
(Besoldungsgruppe R 2 BbgBesO)

[...]

Wegen der an die Bewerberinnen und Bewerber zu stellenden Anforderungen wird auf die Allgemeine Verfügung der Ministerin der Justiz vom 26. November 2007 (AnforderungsAV), veröffentlicht im JMBL für das Land Brandenburg vom 17. Dezember 2007, S. 180 ff., Bezug genommen.

Hinsichtlich der Stellen für Vorsitzende Richterinnen oder Vorsitzende Richter an den Landgerichten Neuruppin und Potsdam sind Frauen besonders aufgefordert sich zu bewerben, da sie in diesem Bereich unterrepräsentiert sind (§ 7 Absatz 4 LGG Brandenburg).

Eine Teilzeitbeschäftigung ist unter den Voraussetzungen der §§ 4 und 5 BbgRiG möglich.

Schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber werden bei gleicher Eignung, Befähigung und Leistung bevorzugt berücksichtigt.

[...]

Bewerbungen sind bis zum 15. Januar 2024 auf dem Dienstweg an das Ministerium der Justiz des Landes Brandenburg, Heinrich-Mann-Allee 107, 14473 Potsdam, zu richten.

Die Bewerberinnen und Bewerber sollen ihrer Bewerbung die Erklärung beifügen, dass sie mit einer Einsichtnahme in ihre Personalakten durch die Mitglieder des Präsidialrates und des Richterwahlausschusses einverstanden sind.

Es wird darauf hingewiesen, dass für die Bewerberinnen und Bewerber bei Stellen ab der Besoldungsgruppe R 2 BbgBesO eine Mitteilung des Bundesarchivs – Stasi-Unterlagen-Archiv – zur Feststellung einer hauptamtlichen oder inoffiziellen Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik eingeholt wird.“

Auf die Ausschreibung dieser Stellen sind bisher keine Bewerbungen von Frauen eingegangen. Da in diesem Bereich Frauen unterrepräsentiert sind, wird hiermit gemäß § 7 Absatz 4 Satz 2 des Gesetzes zur Gleichstellung von Frauen und Männern im öffentlichen Dienst im Land Brandenburg die Ausschreibung dieser beiden Stellen erneut veröffentlicht. Frauen werden nochmals besonders aufgefordert, sich zu bewerben.

Bewerbungen sind bis zum **15. März 2024** auf dem Dienstweg an das Ministerium der Justiz des Landes Brandenburg, Heinrich-Mann-Allee 107, 14473 Potsdam, zu richten.

III.

Es wird Bewerbungen für die folgenden Stellen entgegesehen:

- bei dem Amtsgericht Königs Wusterhausen
zwei Stellen für eine **Richterin** oder einen **Richter** am Amtsgericht
(Besoldungsgruppe R 1 BbgBesO)
- bei dem Amtsgericht Lübben (Spreewald)
eine Stelle für eine **Richterin** oder einen **Richter** am Amtsgericht
(Besoldungsgruppe R 1 BbgBesO).

Wegen der an die Bewerberinnen und Bewerber zu stellenden Anforderungen wird auf die Allgemeine Verfügung der Ministerin der Justiz vom 26. November 2007 (AnforderungsAV), veröffentlicht im JMBl. für das Land Brandenburg vom 17. Dezember 2007, S. 180 ff., Bezug genommen.

Eine Teilzeitbeschäftigung ist unter den Voraussetzungen der §§ 4 und 5 BbgRiG möglich.

Schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber werden bei gleicher Eignung, Befähigung und Leistung bevorzugt berücksichtigt.

Die Ausschreibung der Stellen richtet sich ausschließlich an Richterinnen und Richter auf Probe aus der ordentlichen Gerichtsbarkeit des Landes Brandenburg.

Bewerbungen sind bis zum **15. März 2024** auf dem Dienstweg an das Ministerium der Justiz des Landes Brandenburg, Heinrich-Mann-Allee 107, 14473 Potsdam, zu richten.

Die Bewerberinnen und Bewerber sollen ihrer Bewerbung die Erklärung beifügen, dass sie mit einer Einsichtnahme in ihre Personalakten durch die Mitglieder des Präsidialrates und des Richterwahlausschusses einverstanden sind.

IV.

Es wird Bewerbungen entgegesehen

für die Neubesetzung einer Notarstelle in Potsdam zum 1. Mai 2024.

Die Bewerberinnen/Bewerber müssen

- die Befähigung zum Richteramt nach dem Deutschen Richtergesetz erlangt haben
- oder
- ein rechtswissenschaftliches Studium an einer Universität oder Hochschule der ehemaligen DDR mit dem Staatsexamen abgeschlossen und einen zweijährigen Vorbereitungsdienst mit einer Staatsprüfung absolviert haben. Auf den Vorbereitungsdienst mit der Staatsprüfung wird verzichtet, wenn die Bewerberin/der Bewerber als Notarin/Notar in einem Staatlichen Notariat tätig war oder zehn Jahre als Juristin/Jurist gearbeitet hat und notarspezifische Kenntnisse nachweist.

Nach § 5a Satz 1 der Bundesnotarordnung soll zum hauptberuflichen Notar in der Regel nur bestellt werden, wer bei Ablauf der Bewerbungsfrist einen dreijährigen Anwärterdienst als Notarassessor geleistet hat und sich im Anwärterdienst des Landes befindet, in dem er sich um die Bestellung bewirbt.

Es besteht die Verpflichtung zur Übernahme der Aktenverwaltung der Urkundengeschäfte der Amtsvorgängerin.

Bewerbungen sind in dreifacher Ausfertigung an das Ministerium der Justiz des Landes Brandenburg, Abteilung II – Notarangelegenheiten –, Heinrich-Mann-Allee 107, 14473 Potsdam, zu richten und müssen bis zum **11. März 2024** eingegangen sein. Sie haben die in Abschnitt II Nummer 3 der Allgemeinen Verfügung des Ministers der Justiz über die Angelegenheiten der Notarinnen und Notare (AVNot) vom 6. Mai 2014 (JMBl. S. 68), die zuletzt durch die Allgemeine Verfügung vom 22. September 2022 (JMBl. S. 102) geändert worden ist, vorgesehenen Angaben zu enthalten.

Brandenburgisches Oberlandesgericht

Es wird Bewerbungen für folgende Funktionsstelle entgegesehen:

Gericht: Brandenburgisches Oberlandesgericht

Arbeitsgebiet:

Aufgaben der Teamleitung des Fachteams forum^{STAR} Linie I:

- Verantwortliche fachliche Betreuung der forum^{STAR}-Module Zivil, Familie, Vormundschaft und Nachlass

- Koordinierung der Teamaufgaben (Planung, Vorbereitung und Durchführung von Schulungen und Workshops; Anwenderbetreuung; Ticketbearbeitung und -lösung; Mitarbeit in den Fachgruppen des forum^{STAR}-Verbundes)
- Koordinierung der forum^{STAR}-Länderverbundaufgaben (gemeinsame Tests der Bundesländer, Prüfung verbundweiter Anpassungen der Fachmodule, Regressions- und Formular-tests, Fehleranalyse und -beschreibung, Verantwortung notwendiger sowie landesspezifischer Anpassungen von Formularen)
- Einsatz der Teammitarbeiterinnen und -mitarbeiter
- Mitarbeit in den Fachgruppen des forum^{STAR}-Verbundes
- Unterstützung der Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs sowie der elektronischen Akte, soweit die o. g. Fachmodule betroffen sind
- Unterstützung bei Erstellung fachlicher Vorgaben für das neue gemeinsame Fachverfahren der Länder (GeFa) und für das gemeinsame Textsystem bk.text hinsichtlich der genannten Fachbereiche

Bewertung der Stelle:

Funktionsstelle der Besoldungsgruppe A 13 BbgBesG
Die Besetzung erfolgt nach Maßgabe der haushalterischen Voraussetzungen.

besetzbar: zum nächst möglichen Zeitpunkt

Formale Anforderungen:

Die Ausschreibung richtet sich ausschließlich an Beamte (m/w/d), die die Befähigung für den gehobenen Justizdienst besitzen.

Fachliche Anforderungen:

- mehrjährige Berufserfahrung in der Justiz
- mehrjährige Berufserfahrung in der Arbeit mit IT-Projekten

- gute Kenntnisse von gerichtlichen Abläufen, besonders in den o. g. Fachbereichen
- gute Kenntnisse in MS Office Anwendungen

Persönliche und soziale Kompetenzen:

- ausgeprägte Teamfähigkeit
- überdurchschnittliches Engagement
- Organisationstalent
- gutes Ausdrucksvermögen in Wort und Schrift
- klares analytisches Denken und Vorgehen
- Bereitschaft zur ständigen Weiterbildung
- Bereitschaft zu Dienstreisen im Land Brandenburg und bundesweit

Die Ausschreibung richtet sich ausschließlich an Bewerberinnen und Bewerber, die in einem Dienstverhältnis zum Land Brandenburg stehen.

Schwerbehinderte werden bei gleicher Eignung entsprechend der gesetzlichen Bestimmungen bevorzugt berücksichtigt.

Die Besetzung der Position ist grundsätzlich auch mit Teilzeitkräften möglich. Teilzeitwünsche von Interessentinnen und Interessenten sowie deren Vereinbarkeit mit der Position werden im konkreten Einzelfall geprüft.

Die Bewerberinnen und Bewerber sollen ihrer Bewerbung die Erklärung beifügen, dass sie mit einer Einsichtnahme in ihre Personalakten – auch durch die Mitglieder der Personalvertretungen – einverstanden sind.

Bewerbungen sind binnen **einem Monat** nach der Veröffentlichung im Justizministerialblatt auf dem **Dienstweg** an den Präsidenten des Brandenburgischen Oberlandesgerichts, Gertrud-Piter-Platz 11 in 14770 Brandenburg an der Havel zu richten.

Für fachliche Informationen stehen Herr Dr. Skrobotz (03381/399-400), für Nachfragen zum Verfahrensablauf Herr Mühlig (03381/39 9222) zur Verfügung.

Justizministerialblatt

für das Land Brandenburg

Das Justizministerialblatt erscheint in der Regel am 15. eines jeden Monats.

Herausgeber: Ministerium der Justiz des Landes Brandenburg.

Anschrift: Heinrich-Mann-Allee 107, 14473 Potsdam, Telefon: 0331 866-0.

Der Preis für ein Bezugsjahr beträgt 75,00 EUR (einschließlich Postzustellgebühren).

Die Einweisung kann jederzeit erfolgen. Die Kündigung ist nur zum Ende eines Kalenderjahres zulässig; sie muss bis spätestens 30. 9. dem Verlag zugegangen sein.

Einzelverkaufspreis: 6,25 EUR zuzüglich Versand und Portokosten (nur Nachnahmeversand).

Die Lieferung des Blattes erfolgt durch die Post.

Reklamationen bei Nichtzustellung, Neu- bzw. Abbestellungen, Änderungswünsche und sonstige Anforderungen sind an die Wolters Kluwer Deutschland GmbH zu richten.

Herstellung, Verlag und Vertrieb: Wolters Kluwer Deutschland GmbH, Wolters-Kluwer-Straße 1, 50354 Hürth,
www.wolterskluwer.de,

Kundenservice: Telefon 02631 801-2222, E-Mail: info-wkd@wolterskluwer.com.